

Positionspapier des Fachverbandes berufsbildende Schulen zu Forderungen der sächsischen IHKs bezüglich Teilschulnetzplanung berufsbildende Schulen



***Sächsischer
Lehrerverband im VBE***



Positionspapier des Fachverbandes berufsbildende Schulen zu Forderungen der sächsischen IHKs bezüglich Teilschulnetzplanung berufsbildende Schulen

Aktuell befindet sich die Teilschulnetzplanung berufsbildende Schulen in der Evaluation. Im Dezember übergaben die sächsischen IHKs dem Kultusminister dazu ein Positionspapier mit Forderungen zu dessen Fortschreibung.

Ausgangspunkt war ein Dialog der Fachkräfteausschüsse der IHKs am 16.12.2025, zu welchem auch der Staatsminister für Kultus, Conrad Clemens, geladen war.

Die gemeinsame Beratung sprach für die Berufsausbildung wesentliche Schwerpunktthemen an. Dazu gehörten u.a. die Sicherung der Ausbildungsreife, der Bedarf an Berufsschullehrkräften sowie die Berufsorientierung an Gymnasien und Oberschulen. Kritisiert wurde der Unterrichtsausfall insbesondere im MINT-Bereich.

Der Fachverband berufsbildende Schulen im SLV begrüßt diese Schwerpunktsetzung ausdrücklich. Die Forderung der IHKs, den Unterrichtsausfall durch Verlagerung an außerbetriebliche Lernorte zu kompensieren, lehnen wir jedoch ab. Vielmehr sollte die Praxis, Berufsschullehrer an andere Schularten zwangsabzuordnen, um dort den Ausfall zu minimieren, eingestellt werden. Diese Vorgehensweise gefährdet nicht nur die Ausbildung an den BSZ und sorgt vor Ort zu Ausfall, sondern gefährdet auch die Gesundheit der abgeordneten Kolleginnen und Kollegen.

Im Positionspapier, welches dem Minister übergeben wurde, fordern die IHKs u.a. ihre aktive Einbindung der in den Prozess der Teilschulnetzplanung berufsbildende Schulen. Es müssten jetzt Fehlentwicklungen korrigiert und das System zukunftssicher ausgerichtet werden.

Konkret heißt das: Schließung von Berufsschulzentren und Konzentration auf wenige, mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbare Standorte mit Internatsanbindung. Im Hinblick auf zukünftig weniger verfügbare Berufsschullehrkräfte müssten diese auf weniger Standorte verteilt werden.

In einem Artikel der „saechsische.de“ vom 28.12.2025 argumentierten Dresdens IHK-Präsident Sperl und Hauptgeschäftsführer Rohleder dazu auch insbesondere mit fehlenden Berufsschullehrern im MINT-Bereich und nahmen als Beispiel die Sorge um die künftige Lehrerversorgung für das aktuell im Bau befindliche BSZ in Prohlis, welches ab 2029 speziell Fachkräfte für die Microchipfabriken ausbilden soll. Man plant mit ca. 900 Schülern, die auch aus anderen Bundesländern kommen sollen.

Wie aber sieht das der Fachverband berufsbildende Schulen im SLV?

Auch für uns hat die Stärkung der beruflichen Bildung oberste Priorität. Anders als die sächsischen IHKs sehen wir jedoch das Gesamtsystem Berufsbildende Schule mit allen Akteuren und nicht nur einen ganz speziellen Teil. Gern verweist man im europäischen Vergleich auf das Erfolgsmodell duale Bildung, aber viel zu oft werden die BSZ bei Entscheidungen der Politik zu wenig wahrgenommen oder ihre Besonderheiten nicht beachtet. Ein gutes Beispiel ist o.g. Positionspapier, welches einseitige Interessenpolitik erkennen lässt.

1. Einseitige Ausrichtung auf Wirtschaftslogik statt Bildungsauftrag

Das Papier stellt die Schulnetzplanung primär in den Dienst wirtschaftlicher Standortlogik vor allem der Großindustrie, weniger in den Dienst der Bildungsgerechtigkeit, pädagogischen Qualität und regionalen Daseinsvorsorge.

Die Forderung, Schulnetzplanung solle nicht ländliche Strukturpolitik betreiben, blendet jedoch die gesetzliche Verantwortung des Landes für gleichwertige Lebensverhältnisse und Bildungsteilhabe aus.

Völlig ausgeblendet wird ebenso, dass die BSZ nicht nur die Berufsausbildung, sondern ebenso das Berufliche Gymnasium, Fach- und Fachoberschulen, Berufsvorbereitung und Vorbereitungsklassen unter ihrem Dach vereinen. Gerade letztgenannte Klassen bieten Jugendlichen mit Migrationshintergrund bzw. aus sozial schwachen Elternhäusern die Chance, später eine reguläre Ausbildung beginnen zu können.

2. Standortkonzentration als Hauptinstrument

Die IHK fordert konsequent die Konzentration von Standorten durch Schließungen, begründet mit Demografie, künftigem Lehrermangel, guter Ausstattung und ÖPNV-Anbindung.

Die Erfahrungen aus der letzten „Standortbereinigung“ haben gezeigt, dass dies insbesondere für die Ausbildung im Handwerk nicht zu vernachlässigende Risiken birgt:

- längere Wege, höhere Fahrzeiten, höhere Belastung für Auszubildende,
- Abbruchrisiken und sinkende Attraktivität von Firmen „vor Ort“ vor allem im ländlichen Raum
- Verlust regionaler Fachkräftesicherung, Bindung von Azubis wird erschwert, ggf. höhere Kosten für die Betriebe, da Zuschüsse gezahlt werden müssen, um Azubis bei den entstehenden Mehrkosten zu unterstützen
- Infrastrukturverödung in den Landkreisen
- Schwächung dualer Partnerstrukturen vor Ort

Der lokale Handwerker ist für die Infrastruktur vor Ort ebenso systemrelevant wie der Landarzt. Wenn der Nachwuchs fehlt, bricht die (handwerkliche) Versorgung in der Fläche zusammen.

Eine „Optimierung“ über Standortschließungen kann somit das Gegenteil der behaupteten Attraktivitätssteigerung bewirken. In der momentan schwierigen wirtschaftlichen Situation, in der sich viele Unternehmen befinden, sind dies schwerwiegende Gründe, die den Abschluss von Ausbildungsverträgen eher behindern als fördern! Der Bedarf an zukünftigen Fachkräften in der Chipindustrie in Dresden kann nicht repräsentativ für ganz Sachsen

gesehen werden. Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Sachsen auf aktuell 7% spricht eine andere Sprache und lässt befürchten, dass in den nächsten Jahren der Bedarf an Berufsvorbereitungsklassen oder dem Berufsgrundjahr steigen wird, um alle berufsschulpflichtigen Jugendlichen aufzufangen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben.

3. Standortprinzip statt Wohnortprinzip – pädagogisch und sozial problematisch

Die IHK fordert klar den Paradigmenwechsel zum Standortprinzip (Betriebscluster als Zuweisungskriterium)

Dies erhöht aus unserer Sicht die soziale Ungleichheit im Sinne von erhöhter Mobilitätsabhängigkeit bzw. höheren Kosten durch Internatsunterbringung und Eigenversorgung.

Familiäre, gesundheitliche und pädagogische Aspekte werden ignoriert, schulische Inklusion und individuelle Förderung werden erschwert. Qualität wird auf technische Ausstattung und Zentralität reduziert, pädagogische Aspekte bleiben völlig außen vor. Qualität entsteht auch durch Schulentwicklung. „Klassengrößenoptimierung“ ignoriert die zunehmenden pädagogischen Herausforderungen durch Inhomogenität der Klassen, bedingt u.a. durch unzureichende Sprachkenntnisse, mangelhafte schulische Vorbildung oder kulturelle Unterschiede.

Lernortkooperation und Praxisnähe vor Ort kann nur für die tatsächlich ansässigen Unternehmen und Betriebe gewährt werden.

Die Konzentration auf wenige Standorte führt zu institutioneller Zentralisierung zulasten regionaler Bildungslandschaften.

Schulnetzplanung muss Menschen- und Bildungsorientierung priorisieren – nicht Clusterlogik. Das geforderte Standortprinzip privilegiert Ballungsräume und benachteiligt Betriebe in der Fläche.

4. Die IHK argumentiert stark mit Lehrermangel – schlägt aber nur strukturelle Kürzungen vor

Das Papier leitet die Notwendigkeit weniger Standorte auch mit der Begründung von zu erwartendem Lehrermangel ab.

Richtig ist: Der Mangel an Lehramtsabsolventen im berufsbildenden Bereich ist, insbesondere im MINT-Bereich, besorgniserregend, aber nicht neu. Alternative Angebote der Universitäten und Hochschulen haben bisher keinen nennenswerten Erfolg gebracht. Klare Anstrengungen, die Abbrecherquote durch z.B. mehr Praxisbezug zu senken, sind nicht erkennbar. Wir begrüßen das angekündigte Vorhaben der IHKs Dresden, Leipzig und Chemnitz, künftig an ausgewählte Studenten vom fünften Semester an je 500 € Stipendium pro Monat für 3 Jahre zu gewähren, sehen dies jedoch nur als Tropfen auf den heißen Stein. Vernachlässigt wird in der Argumentation, dass der Unterricht an den BSZ seit vielen Jahren durch fachlich sehr gut ausgebildete Seiteneinsteiger abgesichert wird, welche die pädagogisch-methodische Qualifikation berufsbegleitend erwerben. Richtet man den Blick ausschließlich auf die Lehramtsabsolventen, könnte Berufsausbildung in vielen Bereichen schon seit Jahren nicht mehr stattfinden. Abweichend von anderen Schularten kann bei den Seiteneinsteigern in den meisten Fällen eine Anerkennung eines- oder gar mehrerer Fachrichtungen bzw. Fächer erfolgen, was die Arbeit als Berufsschullehrer auch finanziell attraktiver macht als an anderen Schularten. Die Zukunftsprognose darf somit nicht allein

über die aktuell Lehramtsstudierenden erfolgen. Allerdings sehen auch wir die Dringlichkeit, das Lehramt berufsbildende Schulen in seiner Attraktivität zu erhöhen, was strukturell insbesondere in der Verantwortung der Universität Dresden liegt.

Aus bildungspolitischer Sicht ist es kurzsichtig, die Strukturreduktion als alternativlos zu setzen.

Die Konzentration auf wenige Standorte wird zu Motivationsverlust bei Bestandslehrkräften durch Versetzungsdruck und Unsicherheit über den zukünftigen Arbeitsort führen. Längere Arbeitswege werden die Attraktivität des Berufs weiter senken und die familiären Lebensverhältnisse belasten. Keine andere Schulart wird derart weite Arbeitswege vor allem für Bestandslehrkräfte mit sich bringen.

5. Gefahr der regionalen Bildungsentleerung

Die explizite Aussage, dass Standortschließungen kein Tabu sein dürfen und Investitionen auf ausgewählte Zentren konzentriert werden sollen, führt langfristig zu:

- Bildungs- und Infrastrukturverödung einzelner Landkreise
- Abhängigkeit vom urbanen Raum
- Rückgang betrieblicher Ausbildungsbereitschaft außerhalb der Zentren

Damit widerspricht das Papier mittelbar der behaupteten Stärkung der dualen Ausbildung.

Fazit:

Die IHKs fordern die aktive Einbeziehung in den Prozess der Schulnetzplanung berufsbildende Schulen sowie mehr Transparenz, wollen diese jedoch nur in ihrem Sinne (=Zentralisierung) nutzen.

Pädagogische Aspekte oder alternative Modelle im Sinne von z.B. regionalen Verbünden werden ebenso außer Acht gelassen wie die Belange kleinerer Betriebe vor allem im ländlichen Raum. Die Sichtweisen auf Belange der Schulträger, Auszubildenden und Beschäftigten an den BSZ sind rein technisch bzw. ökonomisch- instrumentell.

Komplett ausgeblendet wird die Tatsache, dass es um **Berufsschulzentren** mit vielfältigen Bildungsangeboten und nicht nur der reinen Berufsausbildung geht. Die Forderung, den Unterrichtsausfall durch Verlagerung an außerbetriebliche Lernorte zu vermindern, lässt vermuten, dass freie Träger weiter gestärkt werden sollen.

Das Positionspapier muss daher als ein reines Wirtschaftsstrategiepapier angesehen werden. Die darin forcierte Strategie provoziert eine regionale Bildungsentleerung und gefährdet die Existenz insbesondere kleinerer Betriebe und des Handwerks in der Fläche.